

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Montags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Verlagspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig.  
Verlagsort: Geschäftsstelle Nr. 21205 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf. dt.,  
66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-  
schnitt 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der  
Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatskassen und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 292

Dresden, Dienstag, 18. Dezember

1923

## Poincarés Antwort.

### Der Wortlaut der französischen Note.

Die Antwort Poincarés hat folgenden Wortlaut:

Herr Geschäftsträger! Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres gefälligen Schreibens zu bestätigen, mit dem Sie mir eine Zusammenfassung Ihrer Erklärungen von gestern nachmittags übermitteln haben. Ich beglückwünsche mich dazu, daß ich Sie gestern gebeten habe, mir den Standpunkt Ihrer Regierung schriftlich darzulegen; denn die Note, die Sie mir gestern überreicht haben, legt einige Punkte dar, auf deren Dunkelheit ich Sie aufmerksam gemacht hatte. Sie gibt in noch höherem Maße Anlaß zu den

#### Einwendungen,

die ich schon gemacht habe. Da der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufgehört zu haben scheint, werde ich, wie ich Ihnen bereits gesagt habe, immer bereit sein, mit dem offiziellen Vertreter der deutschen Regierung alle Fragen zu diskutieren, deren Erörterung die deutsche Regierung wünscht. Ich brauche aber nicht darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung sich vorbehält, sich bei allen Problemen, die auch die anderen Alliierten interessieren, sich mit diesen in Einklang zu setzen, bevor Ihnen eine Antwort zu teil wird. Ihre Note hat mir jedoch schon sehr Anlaß zu folgenden Bemerkungen gegeben. Was die

#### Reparationsfrage

betrifft, so brauche ich Ihnen nicht zu wiederholen, daß die französische Regierung dem nicht zustimmen wird, daß die durch den Friedensvertrag eingeleitete Wiplo ihrer Befugnisse entleert wird, und daß sie nicht irgend eine Regelung in Erwägung ziehen wird, die nicht streng dem Friedensvertrag entspricht. Die Kommission wird fortarbeiten, mit allen den Vollmachten zu arbeiten, die ihr übertragen worden sind, und zwar, ohne daß ihre Rechte vermindert werden könnten.

Der Gedankenaustausch, den Sie wünschen, und an dem teilzunehmen sich die französische Regierung nicht weigert, kann also weder den Gegenstand noch das Ergebnis irgend einer Beeinträchtigung der Vorräte dieser Kommission bilden und ebensowenig die Vorbereitung einer unmittelbaren oder mittelbaren Revision des Friedensvertrags in den Fragen, die das Rheinland und das Ruhrgebiet betreffen.

Die französische Regierung hat ihrer Auffassung wiederholt Ausdruck gegeben. Sie hat keine Veranlassung, daran etwas zu ändern. Sie könnte dem nicht zustimmen, wie ich Ihnen das bereits auch mündlich dargelegt habe, daß die französisch-belgischen Behörden im Ruhrgebiet oder die Rheinlandkommission in den übrigen besetzten Gebieten ihrer Befugnisse entleert werden, wenn es sich darum handelt, einen modus vivendi in dem einen oder anderen dieser Gebiete herzustellen. Ich bin also, wie ich Ihnen in meiner mündlichen Antwort gesagt habe, vollkommen bereit, die Vorschläge der Berliner Regierung anzuhören und sie nötigenfalls mit meinem Gutachten den zuständigen Behörden zu übermitteln. Insbesondere werde ich auf jede Unterhaltung eingehen, die auf die Verwirklichung der Abkommen mit den Industriellen oder auf die Wiederherstel-

lung des Wirtschaftslebens und auf die Verwaltungsfragen Bezug haben. Die französische Regierung hält aber an ihrem absoluten Rechte fest, einer Wiedereinsetzung von ausgewiesenen Personen nur nach Prüfung der einzelnen Fälle zuzustimmen.

Ich füge jedoch noch hinzu, daß die interalliierte Militärkontrollkommission ihre regelrechte Tätigkeit noch nicht wieder aufnehmen können. So lange dies nicht geschehen ist, kann Deutschland, wie ich Ihnen bereits gesagt habe, nicht behaupten, daß es den Vertrag von Versailles in lokaler Weise ausführt. Genehmigen Sie usw. gen. Poincaré.

Der erste Schritt zu Verhandlungen ist gemacht, ihm müssen positive Vorschläge an die Regierungen der Gesamtente folgen. Es handelt sich hier um Vorschläge, die nicht nur das Reparationsproblem, sondern im Zusammenhang mit dieser Frage das Rhein- und Ruhrproblem betreffen. Damit wird sich die Reichsregierung von vornherein abfinden müssen, daß ohne produktive Pfänder eine Regelung der Reparationsfrage nicht mehr möglich ist und deshalb jeder Versuch unzulässig bleibt, jetzt eine restlose Räumung

des Ruhrgebiets in aller Eile zu erreichen. Es kann sich vorläufig nur darum handeln, an die Lösung der Reparationsfrage heranzutreten, unter möglichst produktiver Gestaltung der besetzten Gebiete, die durch die Militärherrschaft wirtschaftlich schwer geschädigt sind. Tritt die Aufrichterhaltung der gegenwärtig im Ruhrgebiet befindlichen Truppenstärke und die Eingriffe des Militärs in das Wirtschaftsleben eine Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Ruhrgebiete nicht fördern, ist unzweifelhaft und dürfte selbst von der französischen Regierung heute nicht mehr bestritten werden. Erst vor wenigen Tagen hat der sozialistische Abgeordnete Blum ohne Widerspruch Poincarés von der Tribüne der französischen Kammer aus feststellen können, welche Unkosten für Frankreich mit der Besetzung verbunden sind. Es liegt deshalb nicht nur in deutschem, sondern auch im französischen Interesse, wenn die Besetzung auf ein Mindestmaß beschränkt wird, das zur Überwachung bestimmter produktiver Pfänder notwendig erscheinen könnte. Nur dadurch, nur durch die Inangriffnahme der Produktion und der Verwaltung ist es möglich, die großen Mittel, die jetzt seit Monaten unruhig vergebend werden, den Reparationen zukommen zu lassen.

### Die Leitgedanken der deutschen Erklärung.

Berlin, 17. Dezember.

Die Antwort des französischen Ministerpräsidenten Poincaré auf die vom deutschen Geschäftsträger in Paris im Anschluß an die mündliche Unterhaltung überreichte Aufzeichnung ist inzwischen in Berlin eingetroffen. Die Leitgedanken der deutschen Erklärungen sind bereits bekanntgegeben worden. Ergänzend sei aus ihrem Inhalt noch mitgeteilt:

Die deutsche Regierung hat den Wunsch, sich mit dem französischen Ministerpräsidenten über die weitere Entwicklung der Rhein- und Ruhrfrage sowie des Reparationsproblems offen auszusprechen. Auch den Abbruch der Verträge mit den deutschen Industriellen und durch die technische Regelung der Eisenbahnfragen in den besetzten Gebieten ist

#### eine neue Forderung geschaffen

worden. Diese Forderung wird von der französischen Regierung anerkannt, die zugestimmt, daß der passive Widerstand jetzt restlos beseitigt ist. Die deutsche Regierung hofft, daß die französische Regierung aus dieser Tatsache auch die Konsequenzen ziehen wird.

Es ist stets der Kernpunkt der Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten gewesen, daß mit der Aufgabe des passiven Widerstandes das Hindernis beseitigt sein wird, das einer großzügigen Gesamtregelung aller sich ergebenden Fragen entgegensteht.

Die Arbeit der von der Reparationskommission eingesetzten

#### Untersuchungsausschüsse

wird Deutschland mit allen Mitteln fördern, glaubt aber nicht, daß auf diesem Wege eine unmittelbare Lösung gefunden werden kann. Diese kann nur in einer

#### radikalen Neuregelung

unter Beteiligung aller interessierten Mächte bestehen. Die deutsche Regierung hat sich nach Aufgabe des passiven Widerstandes mit dem Vorschlag offizieller Verhandlungen an die französische Regierung gewandt. Im gleichen Sinne hat sie sich, als die fran-

zösische Regierung damals die deutschen Verhandlungen ablehnte, mit den lokalen Verhandlungen einverstanden erklärt, die jetzt in den Verträgen mit den deutschen Industriellen und mit der Eisenbahnerverwaltung geführt haben. Die französische Regierung würde sich jedoch einer Täuschung hingeben, wenn sie es wahrnehme, daß schon durch diese Verträge der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten gewährleistet sei, oder wenn sie glaube, die für diesen Wiederaufbau noch notwendigen Maßnahmen könnten einseitig von der französischen Seite getroffen werden. Deutscherseits wird alles geschehen, um die Verträge loyal durchzuführen. Aber ganz abgesehen davon, daß es äußerst zweifelhaft ist, ob die deutsche Industrie in jedem einzelnen Falle die nötigen Kredite im Ausland bekommen kann und ob sie die ihr auferlegten Lasten tragen können, bedarf noch eine Reihe anderer äußerlich wichtiger Punkte der Regelung.

Wird in den besetzten Gebieten die deutsche Verwaltung nicht wieder hergestellt, insbesondere dem Reiche eine ordnungsmäßige Steuererhebung nicht ermöglicht, wird ferner nicht der Austausch zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten von allen Hemmnissen befreit, so würde die jetzt mit äußerem Nachdruck eingeleitete Aktion zur finanziellen Gesundung vergeblich sein. Damit wäre die unbedingte Voraussetzung für eine gründliche Regelung der Reparationsfrage auf unabsehbare Zeit hinaus vereitelt. Es liegt auf der Hand, daß Fragen der bezüglichen Art nur durch

#### Verhandlungen von Regierung zu Regierung

gelöst werden können. Die deutsche Regierung schlägt vor, solche Verhandlungen unverzüglich zu eröffnen und hofft, daß die französische Regierung sich dem jetzt nicht mehr widersetzen wird.

### „Journé Industrielle“ gegen die Ausschaltung der Reparationsfrage.

Paris, 18. Dezember.

„Journé Industrielle“ ist scharf kritisch an der Einschränkung des Verhandlungsprogramms, das die französische Antwort auf den deutschen Schritt vom Sonnabend enthält. Was bedeutet, fragt das Blatt, die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens. Entweder hätte dieses Wort überhaupt keinen Sinn, oder es bedeuete die Prüfung eines Modus vivendi, der den deutsch-französischen Handelsverkehr hätte. In der Tat sei es unmöglich, die Tragweite dieses Wortes auf das besetzte Gebiet allein zu beschränken, da ja das Wirtschaftsleben dieses Gebietes, besonders des Ruhrgebietes, zum größten Teil von seinen Beziehungen zum nichtbesetzten Deutschland und zum Ausland, besonders zu Frankreich, abhängig sei. Um es klar auszusprechen, handelt es sich hierbei um nichts anderes, als um das französisch-deutsche Zollkennzeichen. So lange die Reparationsfrage nicht gelöst sei, scheine in der Tatsache, daß die Reparationsfrage ausgeschaltet werde, während man sich bereit erkläre, über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens zu verhandeln, ein Widerspruch zu liegen.

### Die belgische Note.

Brüssel, 17. Dezember.

Die dem deutschen Geschäftsträger heute abend zugegangene Note der belgischen Regierung stimmt inhaltlich mit der französischen Note überein.

### Verminderung der belgischen Besatzungstruppen.

London, 17. Dezember.

Dem Brüsseler Timesberichterstatter zufolge soll das belgische Kontingent im Ruhrgebiet unverzüglich vermindert werden. Die Kontrolle des besetzten Gebietes auf dem rechten Rheinufer wird einem einzigen Bataillon unterstellt werden, mit dem Hauptquartier in Duisburg. Die belgische Regierung prüft die deutschen Vorschläge in wohlwollendem Geiste und werde versuchen, so zu handeln, daß die Tür zu Verhandlungen offen bleibt.

### Warum nach englischer Ansicht Poincaré zu Verhandlungen bereit ist.

London, 17. Dezember.

Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster-Gazette“ schreibt: Das Wort Versöhnung klingt felsam im Zusammenhang mit Frankreich und Deutschland, aber Ereignisse haben statt, die die Hoffnung ermuntern, daß die aktuelleren Ursachen der Reibung im Ruhrgebiet zeitweilig beseitigt würden. Das in Paris unterbreitete deutsche Memorandum sei in verständlichem Geiste aufgenommen worden. Diesmal sei der Versuch Deutschlands, wieder zu Verhandlungen zu gelangen, nicht abgewiesen worden. Dies könne auf die Tatsache zurückgeführt werden, daß Poincaré im Ruhrgebiet in ernste Schwierigkeiten geraten sei und unter den augenblicklichen Umständen keinerlei Hoffnung habe, es zu einem produktiven Pfande machen zu können. Die deutsche Regierung wünsche natürlich, ihre rechtliche Stellung im besetzten Gebiet wiederherzustellen, die Verwaltung wieder zu übernehmen, das Volk zur Arbeit zurückzubringen, Steuern einzusammeln, und Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten. Wenn Poincaré nicht die Absicht habe, das Ruhrgebiet zu annektieren, so werde er diesen Forderungen zustimmen.